

Die (Selbst-) Überforderung der Politik

Werner J. Patzelt

Zusammenfassung:

In diesem Beitrag wird gezeigt, was politische (Selbst-) Überforderung ist, wie sie zustande kommt, welche Formen sie derzeit in Deutschland annimmt und wie sich ihr wehren ließe. Entfaltet wird das Argument vor allem entlang dem Begriffspaar einer „Plastilin-Theorie“ und einer „Biotopt-Theorie“ der Politik.

I. Welche Überforderung?

Offensichtlich waren Simbabwes Politiker mit der Aufgabe überfordert, ihr in Landwirtschaft, Bergbau und Tourismus einst blühendes Land auf Erfolgskurs zu halten. Gleiches gilt für die zaristische Regierung bei der Modernisierung des Russischen Kaiserreichs. Doch in Deutschland? Ist unser Land nicht auferstanden aus Ruinen, auch aus solchen der sozialistischen Wirtschaftspolitik? Zurückgekehrt auf den Rang einer europäischen Führungsmacht? Und so reich, dass unlängst die Reaktion auf massenhafte Zuwanderung schlicht war: Ja, wir schaffen das!

Wenn es in Deutschland um die Überforderung von Politik und Politikern geht, dann anscheinend auf einem hohen Niveau üblichen Gelingens. Doch eine wichtige Rolle spielen schon auch Sprichwortweisheiten wie „Übermut tut selten gut“. Unübersehbar ist nämlich eine starke rechtspopulistische Partei entstanden, die sich von der folgenden, gesellschaftlich weitverbreiteten Empfindung nährt: Wir sind bei der Migrations- und Integrationspolitik auf keinem wirklich guten Kurs, nicht bei der Energie-,



Prof. Dr. Werner Patzelt

Professor für politische Systeme und Systemvergleich,
Technische Universität Dresden

Euro- oder Europapolitik, vielleicht auch nicht beim Umgang mit unserem großen Nachbarn Russland. Anscheinend zielte die von Union, SPD und Grünen geprägte Grundrichtung unserer Zuwanderungs-, Energie- und Euro-Politik an den Wünschen gar nicht weniger im Lande vorbei. Auf diese Weise entstand zum rechten Rand hin eine Repräsentationslücke, ja kam es sogar zu querfrontartigen Wählerwanderungen von der Linken und den Sozialdemokraten hin zur AfD. Leicht nachrechenbar ist die einstige linke Mehrheit aus SPD, Grünen und Linkspartei sowohl im Parlament als auch in der öffentlichen Meinung abgelöst worden durch eine rechte Mehrheit aus Union, FDP und AfD. Das ist durchaus das Gegenteil dessen, was Deutschlands „Mitte“ und deren Repräsentanten politisch erreichen wollten.

Wie kam es dazu? Vermutlich ist unsere politische Klasse¹ mit ihrer Politik über die Hinnahmebereitschaft eines beträchtlichen Teils der Wahlbevölkerung hinausgegangen. Womöglich haben unsere Politiker auch ihre Führungs- und Argumentationskompetenzen überfordert. Und vielleicht haben sie überdies unsere politische Maschinerie überlastet: erst durch wenig responsives² „Durchregieren“, dann durch jene Aufsplitterung unserer Parlamente, die dem Abnehmen der Bindekraft von Union und SPD sowie dem Aufkommen von Protestparteien geschuldet ist. Jedenfalls scheiterten Ende November 2017 erstmals zu bundesdeutschen Zeiten durchaus ernstgemeinte Vorverhandlungen zur Regierungsbildung, und drückten sich auch jahrelang staatstragende Parteien vor der Übernahme von Regierungsverantwortung.

Obendrein setzen sich große politische Gestaltungsprobleme auf europäischer Ebene fort. Wie nämlich erhält man die wirtschafts-, sozial- und budgetpolitischen Voraussetzungen der Eurozone? Wie wehrt man dem Auseinanderstreben von EU-Staaten, wofür „Brexit“, „Grexit“ und „antieuropäischer Populismus“ ja nur Kurzformeln sind? Wie sichert man die Errungenschaften eines „Europa ohne Binnengrenzen“ angesichts des Migrationsdrucks auf die Außengrenzen der EU? Für dies alles hat Europas politische Klasse noch keine Antworten, wenigstens keine solche, die einen Großteil der Bürgerschaft wirklich überzeugten. Unübersehbar ist auch ein bloßes „Weiter so!“, das sich auf die Plausibilität des Bewährten beruft, in seinen Grenznutzenbereich geraten. „Mehr Europa!“ klingt in manchen Ohren zwar immer noch gut; doch wie lässt sich größere Brüsseler Autorität mit dem Demokratieprinzip verbinden, wenn es doch kein „europäisches Volk“ gibt – und schon gar kein bevölkerungsproportionales Europäisches Parlament? Oder: Wie passt „Mehr Liberalität!“ zu den allenthalben spürbaren Einbußen an Sicherheit im öffentlichen Raum – und gar zu den für Europas Sozialstaatlichkeit abträglichen Folgen des Nationalstaatsgrenzen niederreißenden Neoliberalismus? Und falls man, in durchaus guter Tradition, „Mehr Solidarität!“ verlangt: Zu wessen Lasten lässt die sich ohne Begrenzung der Zahl der Anspruchsberechtigten aus welchen Mitteln nachhaltig finanzieren? Und dann gar erst die Forderung nach „Offenheit für Geflüchtete aus aller Welt“: Was wird, wenn gerade dieses humanitär so attraktive Ziel unter den Bedingungen von Demokratie überall die rechtspopulistischen Parteien stärkt?

Es scheint, dass bereits das Weitergehen auf durchaus bewährten Pfaden zur Überforderung derer führt, die Politik betreiben oder erleben. Zudem zeichnen sich neue politische Herausforderungen ab, über deren Diagnose es ebenso wenig Konsens gibt wie über denkbare Therapien. Sie reichen von geopolitischen Umschichtungen im Nahen Osten bis zum Aufstieg des autoritären China zur Weltmacht. Das alles vor Augen, wirkt es durchaus nicht sonderbar, wenn man sich über eine mögliche Selbst- und Fremdüberforderung auch unserer bislang so erfolgreichen Politik, Politiker und politischen Maschinerie Gedanken macht.